

R

REGION

Kurznachrichten

Mehr unter suedostschweiz.ch/miniregion

TJETSCH

Die Oberalpstrasse kann korrigiert werden

Die Bündner Regierung genehmigt ein Projekt zur Sanierung und Korrektur der Oberalpstrasse. Diese entspricht im Strassenabschnitt zwischen Dieni und St. Bida auf einer Länge von rund 800 Metern nicht mehr den heutigen Standards, wie die Regierung in einer Mitteilung schreibt. Im Rahmen des Bauprojekts sollen unter anderem die Linienführung angepasst, die heute teilweise einstreifige Fahrbahnbreite auf sechs Meter verbreitert sowie beidseitig Stützkonstruktionen erbaut werden. Die Gesamtkosten belaufen sich auf rund elf Millionen Franken. (red)

DAVOS

Fussgängerin von Auto angefahren und verletzt



Bei einem Verkehrsunfall ist am späten Freitagabend in Davos eine 43-jährige Frau mittelschwer verletzt worden. Ein 21-jähriger Autofahrer war gegen 22 Uhr auf der Prättigauerstrasse in Richtung Klosters unterwegs gewesen. Bei der Einfahrt Höhwaldstrasse bemerkte er die Fussgängerin am Fahrbahnrand. Er bremste und wich nach links aus. Sein Auto rutschte auf der Fahrbahn gerade aus und kollidierte mit der Frau, die weggeschleudert wurde. Sie wurde mit dem Krankenwagen ins Spital Davos gebracht. Das erheblich beschädigte Auto wurde abgeschleppt. (red)

DAVOS

Davos erhält geistlichen Besuch aus Kirgistan

Am kommenden Wochenende besucht der in Kirgistan tätige Pater Johannes Kahn Davos. Dies auf Einladung des internationalen katholischen Hilfswerks Kirche in Not (ACN). Dieses lädt gerne Geistliche aus dem Ausland ein, damit sie quasi als Experten berichten, wie die Gelder des Hilfswerks eingesetzt werden. Pater Johannes Kahn wird an den Heiligen Messen vom Samstag, 6. Februar, und Sonntag, 7. Februar, jeweils um 17 Uhr, in der Herz-Jesu-Kirche von Davos, sowie an der Messe vom Sonntag, 7. Februar, um 10.15 Uhr, in der Marienkirche teilnehmen. ACN unterstützt Projekte in Zentralasien mit jährlich rund einer halben Million Franken. (red)

INNSBRUCK

Forstvereine wollen die Wälder weiter nutzen

Die vermehrt geforderte grossflächige Aussernützungstellung von Wäldern sei keine geeignete Lösung im Kampf gegen den Klimawandel. Das schreibt die Arbeitsgemeinschaft Alpenländische Forstvereine in einer Medienmitteilung. Ein nachhaltiger, naturnah bewirtschafteter Wald erfülle neben der Bindung von Kohlendioxid auch eine Vielzahl anderer Leistungen für Mensch und Natur. Ungenutzte Wälder würden laut einer Studie zur CO₂-Quelle – und das ohne Reduktionseffekte an anderer Stelle, wie sie durch den bewirtschafteten Wald und Holznutzung erzielt würden. (red)

Ueberwältigendes Mehr für das Frauenstimmrecht

Eidg. Abstimmung vom 7. Februar 1971: Frauenstimmrecht mit 621 403 Ja gegen 323 596 Nein angenommen

	Ja	Nein	Stimm-beteiligung Prozent	Anteil der Ja-Stimmen	
				Nachstehend eine Liste der Kantone, geordnet nach den Anteilen der Ja-Stimmen für das Frauenstimmrecht (in Klammern Ja-Anteile 1959):	(60,0)
Zürich	119 631	59 375	62,3	Genf	91,1
Bern	95 482	48 028	52,0	Waadt	83,9
Luzern	29 454	17 511	60,2	Baselst.	82,1
Uri	2 477	4 340	71,6	Neuchâ	82,0
Schwyz	5 945	8 136	56,0	Baselst.	80,0
Obwalden	1 668	1 902	50,7	Wallis	79,9
Nidwalden	2 703	2 141	68,1	Baselst.	76,4
Glarus	2 692	3 823	62,8	Tessin	71,1
Zug	6 699	4 483	53,8	Zürich	66,8
Freiburg	19 405	7 888	66,4	Bern	66,5
Solothurn	22 030	12 331	58,3	Solothurn	64,1
Baselst.	21 229	5 353	50,4	Lucern	62,7
Baselst.	27 480	5 962	51,0	Zug	59,9
Schaffhausen	8 252	6 296	80,0	Schaffhausen	56,7
Appenzell A. R.	3 485	5 253	62,5	Nidwalden	55,8
Appenzell L. R.	574	1 411	61,0	Graubünden	54,7
St. Gallen	27 042	31 113	55,0	Aargau	50,1
Graubünden	12 746	10 557	72,9	Obwalden	46,7
Aargau	39 469	39 229	67,5	St. Gallen	44,1
Thurgau	13 464	17 046	47,2	Thurgau	42,2
Tessin	20 808	6 438	51,2	Schwyz	41,3
Waadt	55 849	10 689	53,0	Glarus	39,8
Wallis	24 479	6 127	57,0	Appenzell A. R.	36,3
Neuchâ	20 205	4 426	56,5	Uri	28,9
Genf	38 135	3 738	57,0	Appenzell L. R.	
Total	621 403	323 596			

Politik ist Sache der Männer!

Ich bin Bäuerin, Mutter von acht Kindern und absolute Gegnerin des Frauenstimmrechts. Meiner Ansicht nach gehört die Frau ins Haus und in die Familie und nicht in Sitzungssäle, um dort wenn möglich das grosse Wort zu führen, die Kinder aber dem Schicksal zu überlassen. Schaut in die Welt hinaus. Was gibt es da aus den armen Geschöpfen, wo die Mütter anderes im Kopfe haben, Kaffeehäuser und Sitzungssäle füllen, statt das Staufächerinnen? Helft den Gestrauchelten und nehmt euch solcher armer Wesen an. Da gibt es Arbeit genug, als die Nase in die Politik zu stecken. Meiner Ansicht nach ist die Politik Sache der Männer, die schliesslich, falls es die Not gebieten würde, den Krieg ziehen und an der Front stehen müssten, nicht wir Frauen! (Eing.)

Meinungen: Die Abstimmung polarisierte, nicht aus diesem Leserbrief nach schwer zu erkennen ist. Archiv Südostschweiz

Sachlich: Am 8. Februar 1971 wurde in der «Bündner Zeitung» kurz und bündig berichtet. Archiv Südostschweiz

Die letzte Meile oder: Vom Fall der Männerrepublik

Am 7. Februar 1971 zeigte ein über 100-jähriger Kampf für die politischen Rechte der Frauen in der Schweiz erste Früchte. Ihre Nationalisierung ging unruhlich lang – und dauert an.

von Silke Margherita Redolfi

Im Jahr 1971 stimmten 66 Prozent der Schweizer dem eidgenössischen Frauenstimm- und Wahlrecht zu, in Graubünden war die Akzeptanz mit 54 Prozent deutlich geringer. Heute stellen wir uns die Frage, weshalb dies so lange dauerte.



Die historischen Umstände des hartnäckigen Widerstands lassen sich rasch aufzählen: das im 19. Jahrhundert geborene und lange gehätschelte Konzept vom männlichen Staat, männerbündlerische Strukturen, die festsitzen traditionellen Rollenbilder, Zweifel an der Fähigkeit der Frauen, Ängste vor einem Linksrutsch, Kantöngeist, Verfassungshemmnisse, ein tief sitzendes Patriarchat und nicht zuletzt Armut und Wirtschaftsdruck in weiten Teilen der Schweiz. Während in den umliegenden Ländern Parlamente nach Kriegen oder Krisen das Frauenstimmrecht von oben herab einführen, musste bei uns jeder Schnauz in jedem Krachen von den Vorzügen weiblicher Stimmkraft überzeugt werden.

Frauensache ≠ Frauenrechte

Die Sache hing an den Frauen. Sie mussten – obwohl politisch amputiert – kämpfen, überzeugen, unzählige Stunden in Lobbyarbeit investieren, finanzielle Mittel zur Verfügung stellen, Häme und Abwertung einstecken. Sie waren nur Bittende, die mit Petitionen, Mahnmärschen und anderen Aktionen wie der legendären Schweizerischen Ausstellung für Frauenarbeit, Saffa 1959, landauf, landab unablässig ihre Rechte als Bürgerinnen einforderten. Ihnen tute zu grosse Duldsamkeit vorzuwerfen, ist angesichts der damaligen Stimmung missig.

Die grosse nationale Petition von 1929 wurde 30 Jahre lang schubladisiert, und die in Zürich,

Basel-Stadt, Glarus, Genf und Neuenburg zwischen 1919 und 1927 wuchtig abgelehnten ersten kantonalen Abstimmungen wirkten nicht gerade motivierend. Krise und Krieg legten die Frauenforderungen zusätzlich auf Eis.

Das grosse Desaster 1959

Als der Bundesrat nach Protesten gegen ein Zivilschutzobligatorium für Frauen 1957 endlich die erste Vorlage zur Einführung des Frauenstimm- und -wahlrechts vorlegte, wählten sich die Frauenverbände am Ziel. Hatten sich die Schweizerinnen mit ihrem Einsatz im Zweiten Weltkrieg das Vollbürgerrecht nun nicht verdient? Und mit Justizminister Markus Feldmann (BGB, später SVP) als Befürworter konnte die Wende klappen. Bereits bei der frauenfreundlicheren Bürgerrechtsreform von 1952 hatte er die Hardliner im Parlament zu senkeln vermoht. Doch der beliebte Magistrat verstarb 1958 im Amt, die erste Abstimmung zum Frauenstimmrecht er-

50 Jahre Frauenstimmrecht

Im Fokus

litt 1959 mit 65 Prozent Neinstimmen Schiffbruch. In Graubünden sagten fast 80 Prozent Nein.

Wertewandel in den Sechzigern

Doch die Zeit arbeitete für die Rechte der Frauen. Mit dem Wertewandel in den 1960er-Jahren veränderte sich auch die Ansicht über ihre Stellung. Jugendbewegung und neue Frauenbewegung stellten das verkrustete, autoritätsgläubige Schweizer System massiv infrage. Wirtschaftlicher Aufschwung, Bildung und Mobilität brachten Öffnung und Anbindung an die Moderne.

Lauter wurden auch die Frauenrechtlerinnen. Legendär der Marsch auf Bern 1969 mit einer umwerfenden Emilie Lieberherr im roten Mantel und mit Triller-

peife. Sekundiert von vielen Demonstrierenden rebellierte sie gegen einen Bundesrat, welcher die Europäische Menschenrechtskonvention unter Ausklammerung der Frauenrechte unterschreiben wollte. Schliesslich gelang es, das «einig Volk von Brüdern» 1971 auf seiner demokratischen Einbahn zu holen.

Männerbastion

Nach 1971 ging es darum, auch noch die letzten Bummelkantone zur Vernunft zu bringen. Bis 1990 mussten 16 kantonale Abstimmungen gewonnen werden. In Graubünden bodigten die Stimmbürger aus Angst vor dem Verlust der Gemeindeautonomie 1968 eine erste kantonale Vorlage mit 66 Prozent Nein deutlich. Erst 1972 kam der Durchbruch. Verantwortlich für die erfolgreiche Kampagne war die frauenzentrale Graubünden unter ihrer Präsidentin Isa Hämmerle-Planta. Mittlerweile mit der Kunst der Propaganda vertraut, knöpften sich die Vorstandsfrauen die Alphatiere einzeln vor. Hämmerle reiste zu Nationalrat Bühler nach Flerden, «danach schrieb er mehrere Leserbriefe und Auftrufe». Doch die härtesten Knacknüsse blieben die Gemeinden. Noch 1983 regierten in 17 Bündner Orten nur Männer. Erst auf Druck

Zur Person

Silke Margherita Redolfi ist freiberufliche Historikerin, Autorin und Archivarin. Sie leitet das Frauenkulturarchiv Graubünden. Ihr Forschungsschwerpunkt ist Frauen- und Rechtsgeschichte. Redolfi lebt in Masein (hap).



des Kantons ward dem patriarchalen Gebaren ein Ende gesetzt.

Die Erbinnen von 1971

An den Folgen der verspäteten politischen Rechte arbeiten wir uns noch heute ab. Noch immer ist die politische Repräsentanz der Frauen in Graubünden bescheiden, und die Entscheidungsträgerinnen in Chefetagen sind an einer Hand abzuzählen. Dennoch zeigen sich Silberstreifen am Horizont. Die frauenbewegte Nationalratswahl, junge Frauen an Spitzen von Parteien, einflussreiche Gemeindepräsidentinnen, gut ausgebildete und initiativ Frauen in Wirtschaft und Gesellschaft bringen Bewegung in den Staat.

Jüngste Abstimmungsanalysen zeigen, dass Frauen ökologischer und sozialer abstimmen, und zwar von links bis rechts und als politische Meinungsetzerinnen oder als Expertinnen nicht mehr zu übergehen sind. Junge, gut ausgebildete und selbstbewusste Frauen suchen neue Formen der Beteiligung. Sie stellen überkommene Werte infrage, fordern Ethik in der Wirtschaft und mehr Schutz für unsere Umwelt. Die Pionierinnen von damals wären wohl stolz auf die Erbinnen von 1971.